

Der Hauptvoranschlag der Stadt Wien.

In der gestrigen Sitzung des Stadtrates wurde die Beratung über den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Verwaltungsjahr 1917/18 fortgesetzt. Bei der Verhandlung der Gruppe VII (Markt- und Approvisionierungsangelegenheiten) brachte Stadtrat Grünbeck Beschwerden über die Gebarung der Zentralstellen vor. Er wünschte insbesondere die möglichste Dezentralisierung der Abgabestellen für unbedingt erforderliche Lebensmittel und einen Schutz der kleinen Geschäftsleute vor Drangsalierungen. Kleine Übertretungen werden an den Pranger gestellt, während die Bevölkerung den großen Preistreibern schutzlos ausgeliefert sei. Die Gemeinde soll es ferner ablehnen, auf den Märkten Aue zu verkaufen. — Stadtrat Wippl wünscht Vorkehrungen gegen das Unstellen und fordert insbesondere die ehemöglichste Errichtung des Marktes an der Kreuzung der Triesterstraße und Quellenstraße. — Stadtrat Schöber kritisiert die Regierungsverordnung über die Obstverwertung und stellt den Antrag, den Magistrat anzuweisen, daß wegen Abgabe von Einsiedezucker an die Bevölkerung Schritte unternommen werden. Er fordert ferner die sofortige Beschlagnahme der gesamten Obsternte und die Erlassung eines Ausführverbotes für Obst. Er bespricht auch die Regelung der Milchabgabe an die Kleinverschleißer und wünscht schließlich, daß das von der neuen Brotfabrik zu erzeugende Brot ausschließlich den Bäckern zum Verschleiß übergeben wird. — Berichterstatter Vizebürgermeister Hoff reflektiert in seinem Schlußwort ausführlich auf die vorgebrachten Wünsche.